



Medienmitteilung vom 5. Juli 2018

## **Bürgerliche verweigern Grundlagendiskussion zum Tunnelprojekt**

CH-Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott stellte in einer Interpellation kritische Fragen zu den Grundlagen des städtischen Tunnelprojekts. Die Antworten des Stadtrats sind zum Teil unbefriedigend, ausweichend und ungenügend präzise. Der CVP, EVP, FDP und SVP war dieses Thema offenbar keine Debatte wert. Sie stimmten in der Gemeinderatssitzung vom 4. Juli Nein zu einer Diskussion über die Interpellation. Weshalb kommt es genau bei diesem Thema zur Diskussionsverweigerung? Das bürgerliche Vorgehen widerspricht der bisherigen Gepflogenheit im Gemeinderat, sich gegenseitig zuzuhören. Dies ist Gift für die gute Diskussionskultur, die sich das Stadtparlament während den letzten zehn Jahren aufgebaut hat.

Unter anderem bleiben in der Interpellationsantwort des Stadtrats folgende Punkte offen:

1. Das Konzept Mobilität 2030 zielt klar auf die Förderung des Langsamverkehrs. Es gipfelt in der Zielsetzung, dass vom künftigen Mehrverkehr 90% vom ÖV und Langsamverkehr aufgefangen werden, der motorisierte Individualverkehr (MIV) also praktisch stagnieren soll. Weshalb schlägt der Stadtrat nun vor, zusätzliche 1.2 km Verkehrsfläche, davon 700 m als Tunnel für den MIV bereitzustellen?
2. Die Bevölkerung dürfte die Tunnelpläne kaum mittragen. Schon die Vernehmlassungsantworten zum Konzept Mobilität 2030 haben ein deutliches Interesse an absehbar realisierbaren gestalterischen und verkehrsleitenden Massnahmen für den ÖV und den Langsamverkehr ergeben. In früheren Publikumsbefragungen äusserten sich zwar zahlreiche BewohnerInnen für eine (nicht näher definierte) Stadtentlastung. Aber je konkreter sich ein Projekt abzeichnet (Stichwort KOSEF) und je deutlicher das Kosten/Nutzen-Verhältnis erkennbar wird, desto grösser die Ablehnung.
3. Der Stadtrat Frauenfeld und das kantonale Departement für Bau und Umwelt finden heute plötzlich, Massnahmen für den Langsamverkehr und zur Förderung des ÖV seien zeitlich nachgelagert zu einer Entlastungsstrasse umzusetzen. Dies ist ein Widerspruch zur bisherigen städtischen Verkehrsplanung.
4. Ob diese Kehrtwendung vom Stadtrat bewusst vernebelt wurde oder ob sie schlicht aufgrund einer misslungenen Kommunikation nicht bis in unser Bewusstsein vorstossen konnte, bleibe dahingestellt.
5. Was bedeutet das realistisch für die Bevölkerung? Nach städtischem und kantonalem Plan könnte sie frühestens in mehr als zehn Jahren mit einer Beruhigung und Verstetigung des innerstädtischen Verkehrs – sprich: weniger Lärm und Hektik – rechnen.

Offenbar fehlen den bürgerlichen Parteien die Argumente für eine Diskussion dieser Fragen. Dagegen steht unsere Forderung: Statt uns mit dem Heilsversprechen eines Tunnels jahrzehntelang hinzuhalten, sollen endlich günstige und kurzfristig umsetzbare Massnahmen angegangen werden, insbesondere Platzgestaltungen, eine Entschleunigung des MIV und eine Verkehrsplanung, die FussgängerInnen, VelofahrerInnen und den ÖV in den Vordergrund stellt – so wie es der Richtplan und das Mobilitätskonzept schon lange festlegen. Diese Versprechungen müssen unabhängig vom Tunnel endlich umgesetzt werden. Das haben alle Frauenfelderinnen und Frauenfelder verdient.

### **Kontakt:**

#### **Chrappe & Hirne (CH)**

Charles Landert, Präsident  
Hertenstrasse 14  
8500 Frauenfeld

052 730 05 14 / info@ch-frauenfeld.ch